

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	7
Abbildungsverzeichnis	15
Tabellenverzeichnis	16
A. Einleitung	19
B. Methodisches Vorgehen der Aktenanalyse <i>Merten Neumann, Thomas Bliesener</i>	21
C. Befunde der quantitativen Aktenanalyse <i>Thomas Bliesener, Merten Neumann</i>	29
D. Festgestellte und reklamierte Fehler <i>Erik Penther, Karsten Altenhain</i>	57
E. Falsche Zeugenaussagen, falsche Personenidentifizierungen und falsche Geständnisse <i>Jana Otzipka, Mona Leve, Renate Volbert</i>	137
F. Die unerkannte Schuldunfähigkeit im Strafprozess <i>Mona Leve, Jana Otzipka, Renate Volbert</i>	201
G. Die wiederaufnahmerechtliche Praxis <i>Franziska Kilian, Karsten Altenhain</i>	263
H. Zusammenfassung der Ergebnisse	323
Literaturverzeichnis	333

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht	5
Abbildungsverzeichnis	15
Tabellenverzeichnis	16
A. Einleitung	19
B. Methodisches Vorgehen der Aktenanalyse	21
<i>Merten Neumann, Thomas Bliesener</i>	
I. Ausgangsfrage und Zielsetzung des Projektes	21
II. Die Aktenanalyse als Forschungsmethode	21
III. Identifikation der Aktenzeichen	22
IV. Datenschutzrechtliches Vorgehen	24
V. Bezug der Akten	25
VI. Bearbeitung der physischen Akten	26
VII. Weitergabe der digitalen Akten	28
C. Befunde der quantitativen Aktenanalyse	29
<i>Thomas Bliesener, Merten Neumann</i>	
I. Methodisches Vorgehen	29
1. Erstellung des Codierbogens	29
2. Durchführung der Aktencodierung	32
II. Befunde	33
1. Ausgangsverfahren	33
2. Merkmale der verurteilten Person	37
3. Antragsteller	40
4. Wiederaufnahmeantrag	41
5. Zeitdauern der einzelnen Verfahrensschritte	43
6. Annahmeerfolg des Wiederaufnahmeantrags	45
7. Wiederaufnahmeverfahren	49

8. Bedingungsfaktoren für Annahme und Erfolg der Wiederaufnahmeanträge	50
9. Zusammenfassung	56
D. Festgestellte und reklamierte Fehler	57
<i>Erik Penther, Karsten Altenhain</i>	
I. Festgestellte Fehler auf Tatbestandsebene	61
1. Falsche Aussagen	62
2. Die Personenverwechslung	62
a. Häufigkeit des Auftretens der Fallgruppe im Datensatz	62
b. Ursachen der Personenverwechslung	63
aa. Verwechslung infolge interner Versäumnisse der Strafverfolgungsbehörden	64
bb. Verwechslung infolge falscher Angaben des wahren Täters	65
(1) Kein persönliches Antreffen des Täters bei Aufdeckung der Tat	65
(2) Sich Ausweisen mit entwendeten Ausweispapieren	66
(3) Feststellung der Identität ohne Ausweispapiere trotz persönlichen Antreffens	67
cc. Bedeutung des Strafbefehlsverfahrens	68
c. Möglichkeiten zur Vermeidung von Personenverwechslungen	69
3. Das Verkennen des Vorliegens der erforderlichen Fahrerlaubnis	70
a. Häufigkeit des Auftretens der Fallgruppe im Datensatz	70
b. Ursachen des Irrtums über die Fahrberechtigung	71
aa. Versäumnisse im Umfeld der Fahrerlaubnisbehörden	72
bb. Versäumnisse der Strafverfolgungsbehörden	72
cc. Alleinige Verantwortlichkeit des Verurteilten	77
c. Bedeutung des Strafbefehlsverfahrens	78
d. Möglichkeiten zur Vermeidung von Irrtümern über die Fahrberechtigung	78

4. Das Verkennen des Vorliegens der erforderlichen Fahrzeugversicherung	79
a. Häufigkeit des Auftretens der Fallgruppe im Datensatz	79
b. Ursachen des Verkennens des Versicherungsschutzes	80
c. Bedeutung des Strafbefehlsverfahrens	81
d. Möglichkeiten zur Vermeidung von Irrtümern über das Bestehen der Versicherung	81
5. Das Verkennen des Vorliegens des erforderlichen Fahrscheins	82
a. Häufigkeit des Auftretens der Fallgruppe im Datensatz	82
b. Ursachen des Irrtums und Möglichkeit der Fehlervermeidung	82
6. Aufenthaltsrecht	83
a. Häufigkeit des Auftretens der Fallgruppe im Datensatz	83
b. Ursachen der Irrtümer und Möglichkeit der Fehlervermeidung	84
7. Zu den sonstigen Einzelfällen	85
II. Festgestellte Fehler auf Ebene der Schuld	88
III. Festgestellte Fehler auf Ebene der Prozessvoraussetzungen, Rechtsfolgen u. Ä.	90
1. Die fehlerhafte Gesamtstrafenbildung	91
a. Häufigkeit des Auftretens der Fallgruppe im Datensatz	92
b. Nichtauftreten der Fallgruppe in Peters' Untersuchung	94
c. Ursachen der fehlerhaften Gesamtstrafenbildung	95
aa. Die Einholung und Übermittlung der Informationen	96
bb. Die Verarbeitung der Informationen	100
cc. Die Rolle der übrigen Verfahrensbeteiligten	102
d. Möglichkeiten zur Vermeidung von Fehlern bei der Gesamtstrafenbildung	103
2. Die doppelte Bestrafung wegen derselben Tat	105
a. Häufigkeit des Auftretens der Fallgruppe im Datensatz	105

b.	Ursachen der doppelten Bestrafung	107
aa.	Die doppelte Erfassung derselben Straftat durch die Ermittlungsbehörden	107
bb.	Das Unterbleiben der Korrektur der doppelten Erfassung bis zur Rechtskraft	109
c.	Möglichkeit der Vermeidung doppelter Bestrafungen	111
3.	Die Bestrafung trotz Strafklageverbrauchs gemäß § 153a Abs. 1 S. 5 StPO	111
a.	Häufigkeit der Fallgruppe im Datensatz	111
b.	Ursachen des Verkennens des Strafklageverbrauchs durch Auflagenerfüllung	112
aa.	Verfahrensablauf	112
bb.	Informationsmängel über die Auflagenerfüllung	114
cc.	Bedeutung des Strafbefehlsverfahrens	116
c.	Möglichkeiten der Fehlervermeidung	117
4.	Zu den sonstigen Einzelfällen	118
IV.	Die reklamierten Fehler	118
1.	Inhalt des Vorbringens	120
a.	Inhaltlich substanzloses Wiederaufnahmevorbringen	124
b.	Wiederaufnahmevorbringen von geringem Umfang	125
2.	Nicht aufgehobene, nachweislich falsche Entscheidungen	126
a.	Fehler auf Tatbestandsebene	127
b.	Fehler auf Ebene der Strafzumessung	130
c.	Bewertung der nicht aufgehobenen Fehlentscheidungen	131
V.	Zusammenfassung der Ergebnisse	132
E.	Falsche Zeugenaussagen, falsche Personenidentifizierungen und falsche Geständnisse	137
	<i>Jana Otzipka, Mona Leve, Renate Volbert</i>	
I.	Methodisches Vorgehen	137
II.	Ergebnisse	138
1.	Falsche Zeugenaussagen	138
a.	Verfahren zugunsten Verurteilter	139
aa.	Informationen zum Ausgangsverfahren	139

bb. Inhaltliche Beschreibung der Verfahren mit Fokus auf relevante Zeugenaussagen	140
cc. Zusammenfassende Informationen zum Wiederaufnahmeverfahren	160
b. Verfahren zuungunsten Verurteilter bzw. Freigesprochener	163
aa. Informationen zum Ausgangsverfahren	163
bb. Inhaltliche Beschreibung der Verfahren mit Fokus auf relevante Zeugenaussagen	163
cc. Zusammenfassende Informationen zum Wiederaufnahmeverfahren	169
2. Falsche Personenidentifikation	170
a. Informationen zum Ausgangsverfahren	171
b. Inhaltliche Beschreibung der Verfahren mit Fokus auf die Personenidentifikationen	171
c. Zusammenfassende Informationen zum Wiederaufnahmeverfahren	177
3. Falsche Geständnisse	178
a. Informationen zum Ausgangsverfahren	178
b. Inhaltliche Beschreibung der Verfahren mit Fokus auf die Geständnisse	179
c. Zusammenfassende Informationen zum Wiederaufnahmeverfahren	192
III. Schlussfolgerungen	194
F. Die unerkannte Schuldunfähigkeit im Strafprozess	201
<i>Mona Leve, Jana Otzipka, Renate Volbert</i>	
I. Methodisches Vorgehen	201
II. Ergebnisse	202
1. Informationen zum Ausgangsverfahren	203
a. Art der Entscheidung und Delikte	203
b. Strafrechtliche Sanktionen	206
c. Ersatzfreiheitsstrafe	207
d. Vorstrafen	207
e. Vernehmung(en)	208
f. Verteidigung	210
g. Zusammenfassende Übersicht	210

2. Informationen bzw. Hinweise zur Frage der	
Schuldfähigkeit	211
a. Psychiatrische Diagnosen	211
b. Gesetzliche Betreuung	215
c. Hinweise auf eine mögliche Schuldunfähigkeit im	
Ausgangsverfahren	219
aa. Persönlicher Eindruck durch das Gericht	221
bb. Sonstiger persönlicher Kontakt im	
Ausgangsverfahren	221
cc. Gesamtheit der Kontakte zwischen Verurteilten	
und Ermittlungs- bzw. Justizbehörden	223
dd. Sonstige Hinweise im Rahmen des	
Ermittlungsverfahrens	224
ee. Hinweise außerhalb des Ermittlungsverfahrens	225
ff. Hinweise nach Abschluss des	
Ermittlungsverfahrens	227
d. Thematisierung der Schuldfähigkeit und	
Schuldfähigkeitsgutachten im Ausgangsverfahren	229
e. Spätere Schuldfähigkeitsgutachten	231
f. Zusammenfassende Übersicht	232
3. Informationen zum Wiederaufnahmeverfahren	234
a. Bemerken einer möglichen Schuldunfähigkeit	234
b. Antragsteller des Wiederaufnahmeantrags	237
c. Neue Tatsachen bzw. Beweismittel im	
Wiederaufnahmeantrag	238
d. Reaktionen auf den Wiederaufnahmeantrag	240
aa. Reaktion durch die Staatsanwaltschaft	240
bb. Reaktion durch das Gericht	242
e. Ergebnis des Wiederaufnahmeverfahrens	246
f. Pflichtverteidigung im Wiederaufnahmeverfahren	247
g. Zusammenfassende Übersicht	248
III. Schlussfolgerungen	250
G. Die wiederaufnahmerechtliche Praxis	263
<i>Franziska Kilian, Karsten Altenhain</i>	
I. Einleitung	263
II. Methodik	264

III. Die wiederaufnahmerechtliche Praxis	265
1. Stellung eines Wiederaufnahmeantrags	265
a. Antragsstellung durch den Verurteilten und/oder seinen Verteidiger	266
aa. Probleme vor der eigentlichen Antragsstellung	266
bb. Formale Probleme bei der Stellung des Wiederaufnahmeantrags	268
(1) Eigenhändige Anträge des Verurteilten	268
(2) Fehlende Unterschrift	268
(3) Keine gestalterische Mitwirkung des Verteidigers oder Rechtsanwalts	270
cc. Inhaltliche Probleme bei der Stellung des Wiederaufnahmeantrags	272
(1) Unzulässige Bezugnahme oder Verweise	272
(2) Verbrauch des Vorbringens	276
(3) Unzulässige Wiederaufnahmeziele, insbesondere § 363 StPO	278
(4) Eigene abweichende Beweiswürdigung oder Rechtsauffassung	280
dd. Allgemeine Antragsqualität	281
b. Ermittlungen und Antragsstellung durch die Staatsanwaltschaft	284
aa. Keine Kenntnis vom Rechtsbehelf der Wiederaufnahme des Verfahrens	285
bb. Keine Ermittlungen und/oder Antragsstellung trotz Fehlern im Ausgangsverfahren	286
cc. Eigene Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und Antragsstellung von Amts wegen	288
c. Bestellung eines Pflichtverteidigers	289
2. Die Anwendung und Auslegung des Wiederaufnahmerechts bei der Durchführung von Wiederaufnahmeverfahren	291
a. Zuständigkeitsregeln	292
b. Wiederaufnahmegründe	295
aa. Falsche Aussage eines Zeugen oder Sachverständigen (§ 359 Nr. 2 StPO)	296

bb. Neue Tatsachen und Beweismittel	
(§ 359 Nr. 5 StPO)	297
(1) Neue Tatsachen und Beweismittel	297
(2) Die Geeignetheit der neuen Tatsachen und Beweismittel	302
(a) Beurteilungsmaßstab	303
(b) Beweisantizipation	304
(c) Die Rechtsfigur der erweiterten Darlegungslast als Mittel zur Beurteilung der Geeignetheit eines Vorbringens	306
(aa) Zu hohe Anforderungen an eine hinreichende Darlegung	307
(bb) Umdeutung der erweiterten Darlegungslast in einen Verschuldensvorwurf	309
(d) Verabsolutierung der Rechtskraft	312
cc. Anwendung des Grundsatzes „in dubio pro reo“	313
c. Hinweise des Wiederaufnahmegerichts	314
3. Gesetzliche Einschränkungen bei der Geltendmachung von Fehlern	315
IV. Der Ablauf von Wiederaufnahmeverfahren in der Praxis	317
1. Dreigeteilter Verfahrensablauf als Ausnahme	317
2. Aufschub oder Unterbrechung der Vollstreckung	319
V. Zusammenfassung	319
H. Zusammenfassung der Ergebnisse	323
Literaturverzeichnis	333